



REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr
und verstaatlichte Unternehmungen

Pr.Zl.5.907/23-I/2-1969

1492/AB.
zu 1510 //
Präs. am 29. Jan. 1970

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dr.Scrinzi, Dr.van Tongel und Genossen: Abhaltung einer Enquête über die Sicherheit von Kernkraftwerken. (Nr.1510/J-NR/1969 vom 11.Dezember 1969)

Zu den Fragen 1) und 2)

der schriftlichen Anfrage erlaube ich mir mitzuteilen, daß unter den Aufklärungsarbeiten, die zur Information der Bevölkerung über die Sicherheit von Kernkraftwerken geleistet wurden, vor allem das vom Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen am 3.Juli 1969 abgehaltene Informationsgespräch über diesen Gegenstand zu erwähnen ist. Zu diesem waren neben Fernsehen, Rundfunk und Presse alle in Frage kommenden Interessenvertretungen, unter anderem auch die Wiener und die N.Ö.Ärztekammer, eingeladen. Als Gesprächsteilnehmer wirkten bei dieser Veranstaltung führende, auf dem Gebiete der Kernenergie tätige Fachleute aus dem In- und Ausland mit, darunter auch der Leiter der Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin im Wiener Allgemeinen Krankenhaus, a.o.Professor Dr.rer.nat.et Dr.jur.Jaroslav ZAKOVSKY, sowie zwei Vertreter der Medizin, nämlich Dr.med.Hans Rudolf RENFER, Facharzt für Radiologie und Nuklearmedizin, Mitglied der Eidgenössischen Kommission für den Strahlenschutz (Schweiz), und Univ.Prof.Dr.med.Herbert VETTER, International Atomic Energy Agency, Division of Life Sciences (Wien). Alle diese Wissenschaftler haben dabei eine positive Stellungnahme zur Kernenergie abgegeben.

./.

Eine weitere Enquête über Reaktor-Sicherheit ist derzeit im Hinblick auf die stattgefundene Veranstaltung nicht vorgesehen. Das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen ist jedoch weiter bemüht, auf publizistischem Wege über das Wesen der Kernenergie die Öffentlichkeit zu informieren und hat in diesem Zusammenhang ein Informationsblatt fertiggestellt, das im Bezirk Tulln an alle Haushalte in Form einer Postwurfsendung verteilt werden wird. Überdies hat sich sowohl die Fachpresse wie auch die Tagespresse mit diesen Fragen eingehend befaßt, wobei vor allem auf die Sonderbeilage der Tageszeitung "Die Presse" vom 28. Nov. 1969 hingewiesen werden darf.

Wien, am 20. Jänner 1970

Der Bundesminister:

